### **Antwort der FDP auf die Wahlprüfsteine des Bundesverbandes für Kindertagespflege**

**Der Bundesverband hat oft beobachtet, dass Programme des Bundes die Kindertagespflege zwar mit berücksichtigen, in der Ausführung durch Länder und Kommunen die Fördermittel aber nicht bei der Kindertagespflege ankommen. Welche Möglichkeiten zur Verbesserung der Steuerung und Kontrolle sehen Sie?**

Wir Freie Demokraten wollen Schulen und Kitas finanziell stärken, indem wir ihre Finanzierung auf drei Säulen stellen: einen Sockelbetrag entsprechend der Größe der Einrichtung, Bildungsgutscheine, die pro Kind einen Zuschuss gewähren, und einen „German Dream“-Zuschuss für Kinder mit niedrigem sozioökonomischen Status. Der feste Sockelbetrag garantiert die Überlebensfähigkeit gerade von kleineren Schulen im ländlichen Raum und die Finanzierung über das Modell der Bildungsgutscheine garantiert eine bedarfsorientierte Finanzierung von Bildungseinrichtungen. Zugleich wird ein gesunder Wettbewerb gefördert und die Wahlfreiheit der Eltern und Kinder gestärkt. Schließlich können die Bildungseinrichtungen dank dem „German Dream“- Zuschuss eigenverantwortlich individuelle Förderkonzepte für Kinder und Jugendliche mit mehr Förderbedarf anbieten.

Wir fordern, die Finanzierung der Schulen, Kindergärten und Kitas auf Bildungsgutscheine umzustellen. Für jedes Kind gewährt der Staat Grundfinanzierungsbeiträge. Staatliche, kommunale und Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft erhalten pro Kind den gleichen Betrag, damit die Eltern nicht nur die freie Wahl zwischen verschiedenen öffentlichen Angeboten, sondern auch zwischen öffentlichen und freien Trägern haben. Der Gegenwert der Gutscheine kann sich nach Lebensalter, zeitlichem Umfang der wöchentlichen Betreuung sowie bei besonderem pädagogischen Betreuungsbedarf unterscheiden. So entsteht ein transparenter Qualitätswettbewerb um die besten Bildungsleistungen.

**Die Bundesregierung plant, ab 2025 schrittweise einen Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder im Grundschulalter einzuführen. Sind Sie der Ansicht, dass die Kindertagespflege als anerkanntes Angebot der Kinder- und Jugendhilfe für die Nachmittagsbetreuung erhalten und ausgebaut werden sollte?**

Wir Freie Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Dazu wollen wir den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auch in der Praxis und perspektivisch ab dem Ende des Mutterschutzes garantieren.

Wir wollen die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten flexibilisieren und so Eltern mehr Flexibilität ermöglichen. Hierzu brauchen wir mehr Notfallangebote über Nacht und am Wochenende sowie 24-Stunden-Kitas. Die Arbeitszeiten einiger Eltern stimmen mit den regulären Öffnungszeiten vieler Kitas nicht überein. Das erschwert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gleichzeitig ist für uns klar, dass längere Öffnungszeiten nur mit mehr Personal machbar sind. Eine Verlängerung der Betreuungszeiten auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darf es nicht geben. Ziel ist, Eltern und Kindern mehr Spielräume zu verschaffen.

**Befürworten Sie eine Änderung des § 24 SGB VIII dahingehend, dass die Kindertagespflege auch für Kinder über drei Jahren ein gleichwertiges und gleichrangiges Angebot darstellt und Eltern volle Wahlfreiheit haben?**

Wir Freie Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben verbessern. Dazu wollen wir Betriebskindergärten auch steuerlich fördern, die Betreuungszeiten flexibilisieren und die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten ermöglichen. Wir fordern eine bessere Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten für Arbeitgeber. Die vom Arbeitgeber finanzierte Unterbringung und Betreuung von nicht schulpflichtigen Kindern der Arbeitnehmer in Kindergärten oder vergleichbaren Einrichtungen muss steuerlich absetzbar sein. Das muss auch für die Betreuung von schulpflichtigen Kindern des Arbeitnehmers bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres in Horten oder vergleichbaren Einrichtungen gelten. Unternehmen, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern finanzielle Unterstützung für eine private Kinderbetreuung geben, sollen das ebenfalls steuerlich absetzen können. Viele kleinere und mittlere Unternehmen würden gern familienfreundliches Arbeiten anbieten. Wir wollen deshalb die vorhandenen Beratungsangebote bekannter machen.

**Befürworten Sie eine Fortführung des Gute-KiTa-Gesetzes und halten Sie Änderungen bei den Handlungsfeldern für notwendig?**

Aus unserer Sicht sorgt das Gute-KiTa-Gesetz nicht für mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung.

Wir Freie Demokraten wollen die Qualität der frühkindlichen Bildung stärken und damit für eine gute Kindertagesbetreuung sorgen. Dafür müssen sich Bund und Länder auf ambitionierte gemeinsame Standards für Betreuungsschlüssel und frühkindliche Bildungsinhalte verständigen.

Wir fordern zudem eine Offensive für die Bildung in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Kinder müssen eine frühzeitige MINT-Bildung erhalten. Daher fordern wir verpflichtende, qualitativ hochwertige und bundesweite Qualitäts- und Bildungsstandards in der frühkindlichen MINT-Bildung. Pädagoginnen und Pädagogen müssen für experimentelles und forschendes Lernen in allen Kitas ausgebildet werden.

**Der Bundesverband setzt sich für eine konsequente Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ein, insbesondere für Mitbestimmung der Jüngsten sowie für den Schutz vor Diskriminierung. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, diese Arbeit an der Umsetzung der UN-KRK langfristig zu unterstützen?**

Um gegen Kinderarmut vorzugehen und Eltern darin zu unterstützen, für angemessene Lebensbedingungen ihrer Kinder zu sorgen, wollen wir ein Kinderchancengeld. Es ist einfach, digital und ermöglicht echte Aufstiegschancen. Das Kinderchancengeld besteht aus einem Grundbetrag, einem Flexibetrag und einem nichtmateriellem Chancenpaket. Wir wollen Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligenden Verhältnissen gezielt fördern und die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes deutlich erhöhen und die Verfahren entbürokratisieren sowie digitalisieren.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, Initiativen in Form von Aufstiegspatenschaften einzubinden, um Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern zu helfen, den eigenen Weg zu beruflichen Bildungsabschlüssen oder an die Hochschule zu gehen. Integration wollen wir fördern: durch Angebote zum Erlernen unserer Sprache und unserer Gesellschaftsordnung, Integrationspaten nach kanadischem Vorbild sowie zusätzliche Integrationsmaßnahmen, die sich u.a. gezielt an Kinder richten.

Wir wollen das Angebot an Berufs- und Studienberatung in Jugendpflegeeinrichtungen erweitern. Heim- und Pflegekinder müssen ihr selbstständig verdientes Geld behalten können. Sie dürfen nicht mehr zur Finanzierung ihrer Unterbringung herangezogen werden. Zudem muss eine Verlängerung der Unterbringung im Jugendheim oder bei Pflegefamilien auch über das 18. Lebensjahr hinaus unkompliziert möglich sein, solange die Jugendlichen noch zur Schule gehen oder sich in einer Berufsausbildung befinden. So erleichtern wir den Betroffenen die Erlangung von Berufs- und Schulabschlüssen, einschließlich der Hochschulreife.

Wir fordern, der Bekämpfung von Gewalt im Internet Priorität einzuräumen. Ergänzend zu spezialisierten Kräften in Polizei und Justiz sowie Schwerpunktstaatsanwaltschaften sollen in allen Bundesländern elektronische Verfahren zur Stellung von Strafanzeigen, die auch anonyme Anzeigen sowie Anzeigen von Nichtregierungsorganisationen zulassen, eingeführt werden und über Zentralstellen laufen. Wir wollen die Opfer von Gewalt im Internet und von Hasskriminalität in die Lage versetzen, sich zu wehren, indem sie einen Auskunftsanspruch gegen Plattformen und Internetprovider erhalten. Mit Medienbildung bei Kindern und Jugendlichen sowie Weiterbildungen und Schulungen für Polizei und Justiz möchten wir Betroffene besser unterstützen.

Zudem fordern wir eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament. Als Voraussetzung dafür ist die politische Bildung an allen Schulformen zu verstärken. Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Partizipation und gelebte Generationengerechtigkeit.

**Die Verbesserung der Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche, der Schutz vor Diskriminierung und die Prävention von Rechtsextremismus sind dauerhafte Aufgaben. Wie stehen Sie zu einer Verstetigung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!" und zur Einführung eines Demokratie-Fördergesetzes?**

Unsere Demokratie und unsere Freiheit sind bedroht durch Extremismus, durch Populismus und durch Gleichgültigkeit. Für uns Freie Demokraten ist es daher eine Kernaufgabe, die liberale Demokratie mit Leben zu erfüllen, sie fortzuentwickeln und zu verteidigen. Wir verurteilen jede Form des Extremismus. Politischen Extremismus von Rechts- bis Linksextremismus lehnen wir ebenso ab wie religiös oder nationalistisch motivierten Extremismus. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die Überhöhung der eigenen Gruppe oder Nation und die Herabwürdigung anderer sowie Drohungen und Gewalt verfügen niemals über eine moralische Überlegenheit. Die wissenschaftliche Expertise in den Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung verschiedener Extremismusformen muss ausgebaut werden. Der Bund sollte die Präventionsarbeit und funktionierende Aussteigerprogramme zu unterschiedlichen Extremismusformen auf eine verlässliche finanzielle Grundlage stellen.

Daneben wollen wir auch die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft stärken. Durch ehrenamtlichen Einsatz leisten viele Bürgerinnen und Bürger einen elementaren Beitrag zu einer friedfertigen, lebendigen und wehrhaften Demokratie. Wichtig ist dabei, dass dort, wo Vereine, Stiftungen und andere Organisationsformen Zuwendungsempfänger von staatlicher Struktur- und Projektförderung sind, der Staat sicherstellt, dass sie und ihre Projektpartner auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

**Befürwortet Ihre Partei die Entwicklung und Umsetzung innovativer Lehr- und Lernmethoden in der Qualifizierung und Fortbildung von Kindertagespflegepersonen (z.B. Blended Learning) und ist Ihre Partei bereit, die Einführung solcher Methoden auch finanziell zu fördern?**

Wir fordern eine Offensive für die Bildung in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Kinder müssen eine frühzeitige MINT-Bildung erhalten. Daher fordern wir verpflichtende, qualitativ hochwertige und bundesweite Qualitäts- und Bildungsstandards in der frühkindlichen MINT-Bildung. Pädagoginnen und Pädagogen müssen für experimentelles und forschendes Lernen in allen Kitas ausgebildet werden.

Zudem setzen wir uns für die Schaffung einer Bundeszentrale für digitale Bildung ein. Diese soll in drei Säulen Aufgaben der Koordination, Qualitätssicherung und Vermittlung digitaler Bildung in Deutschland übernehmen. Die erste Säule stellt Informationen, Materialien und Kurse bereit, um bei Menschen aller Altersklassen das Verständnis über die Grundlagen der Digitalisierung, aktuelle technische Entwicklungen und gesellschaftliche Debatten zu fördern, damit sie als aufgeklärte und verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger in einer digitalisierten Weltagieren können. Dabei sollen insbesondere Themen wie Desinformation, IT-Sicherheit, Datenschutz und künstliche Intelligenz, aber auch Hatespeech, Cybermobbing und Online-Sucht abgedeckt werden. Die zweite Säule ist die Beurteilung und Zertifizierung von digitalen Lehr-und Lernmitteln hinsichtlich rechtlicher und pä-dagogischer Mindeststandards. Die Ergebnisse werden in einer Positivliste (Weißliste) für Bildungs-software zusammengefasst und in einer digitalen Bibliothekbereitgestellt. Bildungsinstitutionen können Anfragen zur Prüfung an die Bundeszentrale richten, die sie zügig bearbeitet. Die dritte Säule befasst sich mit der digitalen Transformation des Bildungswesens und hierbei konkret mit digitaler Di-daktik und der Aus-sowie Fortbildung von Lehrenden aller Bildungsinstitutionen zur Implementierung digitaler Lernstrategien. Dabei sollen sowohl konkrete Angebote für Lehrende zur Weiterbildung angeboten als auch Konzepte der Lehre und Schule der Zukunft erarbeitet und in Zusammenarbeit mit den Kultusministerien der Länder umgesetzt werden.

**Welche Vorschläge macht Ihre Partei, um die Kindertagespflege attraktiver zu gestalten und neue Kindertagespflegepersonen zu gewinnen?**

Um die Attraktivität des Erzieherberufs zu stärken, schlagen wir vor, dass die Ausbildung zur Fachkraft im Bereich der frühkindlichen Bildung bundesweit nicht nur schulgeldfrei erfolgt, sondern auch vergütet wird. Qualitativ hochwertige Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten werten das Berufsbild von Erzieherinnen und Erziehern auf. Wir wollen zudem die Qualität der frühkindlichen Bildung stärken. Dafür müssen sich Bund und Länder auf ambitionierte gemeinsame Standards für Betreuungsschlüssel und frühkindliche Bildungsinhalte verständigen. Zudem sind längere Öffnungszeiten nur mit mehr Personal machbar. Eine Verlängerung der Betreuungszeiten auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darf es nicht geben.